

Kurzmeldungen Juni 2009

Streumunition

Das Verbot von Streumunition soll bald in Kraft treten. Der Vertrag verbietet die Anwendung und den Export von Streumunition und fordert auch die Räumung der minenverseuchten Gebiete. 95 Staaten unterzeichneten bisher die Konvention am 3.12.08 in Oslo, 4 Staaten haben sie bisher ratifiziert. Zum Inkrafttreten fehlen aber noch 26 weitere Staaten. Präsident Barack Obama unterzeichnete im März ein Gesetz, das den Export von Streubomben weitgehend verbietet.

Quelle: Freitag 18.3.09

Stromnetzausbau

Für den schnellen Ausbau der großen Stromnetze in Deutschland wurde jetzt ein Gesetz beschlossen. Damit soll der jahrelang verzögerte Ausbau der überalteten Stromnetze in Deutschland beginnen. Bei Klagen gegen einen Ausbau ist das Bundesverwaltungsgericht als erste und letzte Instanz zuständig. Damit sollen jahrelange Prozesse vermieden werden. In den nächsten Jahren sollen 24 Trassen neu gebaut oder modernisiert werden. Dabei soll die Erdverkabelung für solche Höchstspannungsnetze über große Entfernungen stärker genutzt werden.

Quelle: dpa 12.6.09

CCS-Gesetz

Mit dem CCS-Gesetz soll die Abscheidung und Versenkung von Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken ermöglicht werden. Diese Technik dient den Energiekonzernen lediglich als Vorwand, um ihre Investitionen in neue klimaschädliche Braunkohlekraftwerke zu rechtfertigen. Die Klimaerwärmung erfordert jedoch eine andere Wende in der Energiepolitik.

Inzwischen gibt es massive Proteste gegen die geplanten CO₂-Pipelines. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung sieht in CCS eine teure, risikoreiche und klimapolitisch fragwürdige Technologie. Über die Sicherheit geplanter CO₂-Lagerstätten können keine langfristigen Aussagen gemacht werden. Das Risiko für die unterirdische Lagerung soll nach 30 Jahren auf den Staat übergehen.

Die Bundesregierung hatte den Gesetzentwurf im April beschlossen. Die CDU-Fraktion hat nun eine Bundestagsentscheidung vorerst gestoppt. Für Streit innerhalb der Union sorgt vor allem die Frage, wie mit Eigentümern umgegangen wird, wenn es zu Probebohrungen für die unterirdische Lagerung kommt. Nun sehen die Ministerpräsidenten von Brandenburg und Sachsen die Braunkohlewirtschaft in Deutschland bedroht.

Geplant sind unterirdische CO₂-Lager im brandenburgischen Jänschwalde, in Hürth (NRW) und Wilhelmshaven (Nieders.).

Quelle: BUND 18.6.09, dpa 16.-21.6.09

Atommülllager Gorleben

Der Salzstock in Gorleben ist in Teilen bereits als Endlager für hoch radioaktiven Atommüll vorbereitet worden. Wie das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mitteilte, wurden die Anlagen für eine mögliche spätere Endlager-Nutzung ausgelegt, falls der Salzstock sich als geeigneter Standort erweise. Deshalb seien auch höhere Kosten entstanden.

Niedersachsens Umweltminister Sander (FDP) sagte, er habe von dem Erkundungsbergwerk nichts gewusst.

Quelle: ndr.de 28.5.09

Atom-Endlager

Durch ständige Wassereinbrüche kann eine radioaktive Verseuchung des Grundwassers rund um das Atom-Endlager Asse nicht ausgeschlossen werden. Der Schacht droht einzubrechen. Und die Lauge zersetzt die Fässer mit dem Atommüll.

Die Union will nicht, dass die Katastrophe der Asse in einem Untersuchungsausschuss des Bundestages aufgeklärt wird. Stattdessen untersucht jetzt der Niedersächsische Landtag mit bescheidenen Mitteln die Hintergründe des Skandals.

Umweltminister Gabriel: „In der Asse ist es besonders skandalös, da waren drei Salzschächte, zwei waren schon abgesoffen mit Wassereinbruch und trotzdem hat man in den dritten 126.000 Fässer Atommüll geschmissen, einfach als Billigentsorgung.“

Seit 1978 stapeln sich nun die schwach- und mittelradioaktiven Fässer wieder in den Zwischenlagern. Denn in der Asse durfte nicht mehr eingelagert werden. Der Umgang mit radioaktiven Müll wurde gesetzlich verschärft.

Nach 1990 wurde viel Atommüll vom maroden Salzbergwerk in Morsleben in Sachsen-Anhalt aufgenommen. Die damalige Bundesumweltministerin Merkel war in der Kohl-Regierung dafür mitverantwortlich. Die Zustände in Morsleben ähnelten denen in der Asse. Trotzdem bestritt Umweltministerin Merkel die Notwendigkeit, die Einlagerung radioaktiver Abfälle in das Endlager Morsleben zu beenden. Die damalige Umweltministerin informierte die Öffentlichkeit nicht über die Gefahren. Die heutige Bundeskanzlerin will sich persönlich dazu nicht äußern.

Umweltminister Gabriel (SPD): „Morsleben ist zwischen 1994 und 1998 unter der damaligen Umweltministerin Angela Merkel, mehr westdeutscher Atommüll eingelagert worden als in der gesamten DDR-Zeit und die Energieversorger haben wiederum fast nichts dafür bezahlt, heute kostet es über 2 Milliarden, es zu sanieren.“

Quelle: Kontraste 28.5.09

Solarthermische Kraftwerke

Mehrere deutsche Unternehmen haben die größte Investition aller Zeiten für Erneuerbare Energien angekündigt: 400 Milliarden Euro wollen sie aufbringen, um in solarthermischen Großkraftwerken in Afrika Solarstrom für Europa zu produzieren.

An die Spitze der Gruppe hat sich der weltgrößte Rückversicherer Münchener Rück gestellt. Der Initiative wollten sich 15 Unternehmen und Institutionen anschließen, darunter Siemens, RWE, EON und die Deutsche Bank. Etwa 15 Prozent der europäischen Stromversorgung ließe sich so abdecken.

Quelle: dpa, 16.6.09

eine Milliarde Menschen hungern

Die Zahl der Hungernden in der Welt überschreitet in diesem Jahr als Folge der Weltwirtschaftskrise die Schwelle von einer Milliarde Menschen. Zwei von drei Hungernden leben auf dem Land.

Die meisten unterernährten und hungernden Menschen leben in Entwicklungsländern, die Mehrheit von ihnen (642 Millionen) in Asien und in der Pazifik-Region.

Quelle: dpa 19.6.09

USA gegen GT-Importe

Nachdem sie ein Jahrzehnt lang ihre eigenen Genpflanzen in die ganze Welt exportiert haben, will das US-amerikanische Landwirtschaftsministerium (USDA) jetzt GMO-Importe in die USA aus drei Gründen verhindern: die ausländischen GMOs würden die US-Landwirtschaft bedrohen, sie könnten die Gesundheit von US-Bürgern beeinträchtigen und sie könnten die Umwelt schädigen.

Quelle: New Scientist 25.1.09

Seehofer: CSU wird Grün

Seehofers Strategie ist, daß die CSU auf Feldern, auf denen sie in den vergangenen Jahren stark an Zustimmung verloren hat, eine Rundumerneuerung stattfinden soll: In der Bildungspolitik, der Familienpolitik und in der Umweltpolitik will Seehofer die CSU-Mehrheit retten. Umweltminister Söder ist als Chefdenker des Projekts vorgesehen.

Nach verbreiteter CSU-Einschätzung sind die Grünen die größere Gefahr als Bayerns schwache SPD. Und möglicherweise braucht die Union in nicht allzuferner Zukunft zwei Koalitionspartner - FDP und Grüne.

„Die Grünen betreiben eine reine Verbotspolitik“, sagt Söder. „Wir wollen hingegen eine moderne Umweltpolitik: die Wahrung der Schöpfung und die Förderung von Öko-Innovationen.“ „Fast jeder, der Kinder hat, denkt heute ökologisch“, sagt Söder.

Gesundheit, Ökotechnologie, gesunde Ernährung und Klimaschutz seien „die neuen Lebensthemen. Wir haben das in der CSU in der Vergangenheit ein bisschen zu wenig betont.“ „Ökologie bietet auch ökonomische Chancen und wird in Zukunft bei der Wirtschaftsentwicklung eine sehr große Rolle spielen“, sagt Söder. „Denn Umweltpolitik ist auch Wirtschaftspolitik.“

Quelle: dpa 19.6.09

BKA-Gesetz

Der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum hat gemeinsam mit Verbandsvertretern von Journalisten, Ärzten und Rechtsanwälten Verfassungsbeschwerde gegen die Gesetzesnovelle erhoben.

Die ständige sicherheitspolitische Aufrüstung führe zur schleichenden Erosion der Grundrechte, kritisierte Baum bei der Vorstellung der Klage in Berlin. Das BKA-Gesetz sei in vielen Punkten verfassungswidrig. Die Befugnisse des Bundeskriminalamts (BKA) würden mit der Neuregelung auf Kosten der Freiheit ausgeweitet, bemängelten die Kläger. Online-Durchsuchung, Telekommunikations-Überwachung und Spähangriff schränkten die Grundrechte der Bürger übermäßig ein. Selbst der Kernbereich der Privatsphäre sei nicht mehr hinreichend geschützt. Zugleich werde der Schutz von Berufsgeheimnisträgern wie Journalisten, Ärzten und Rechtsanwälten immer stärker ausgehöhlt.

Mit dem Gesetz werde die Pressefreiheit ausgehebelt, die gerade in Deutschland aus historischen Gründen besonders geschützt sei, kritisierte der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes (DJV), Michael Konken.

Ulrich Schellenberg vom Deutschen Anwaltsverein bemängelte, dass die Vertraulichkeit im Umgang mit Mandanten nach dem neuen Gesetz nur noch für Strafverteidiger gelte und nicht für jeden Rechtsanwalt.

Quelle: tagesschau.de 23.4.09

Oberster Verfassungsrichter fordert Datenschutz

Hans-Jürgen Papier, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts sagte: Der Staat müsse sich schützend vor die Freiheitsrechte seiner Bürger stellen: "Sonst droht aufgrund der modernen Technik und der weltweiten Verflechtungen ein Supergau des Datenschutzes." Angesichts zahlreicher Datenskandale hatte auch der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar schärfere Gesetze angemahnt.

Quelle: spiegel.de 3.5.09

Bundestag beschließt neue Umweltgesetze

Das Projekt des umfassenden Umweltgesetzbuches ist gescheitert, weil sich CDU und SPD nicht über ein übergreifendes Genehmigungsverfahren für Industrieanlagen und andere Großprojekte einigen konnten.

Nun wurden aber trotz massiver Kritik noch einige Einzelgesetze beschlossen. Der Naturschutz, das Wasserrecht und der Strahlenschutz sollen mit den Gesetzen neu geregelt werden.

Gabriel sagte, es werde verhindert, dass das Umweltrecht in allen Ländern unterschiedlich sei. Die Länder hatten im Bundesrat rund 150 Änderungen gefordert. Eingriffe in die Natur müssen künftig ausgeglichen werden. Umweltschützer befürchten aber, dass die Zerstörung der Natur den Investoren noch einfacher gemacht wird.

Quelle: dpa 19.6.09

Waldschadensbericht

Nach wie vor sind mehr als zwei Drittel der Waldbäume geschädigt, 26% sogar stark. Mehr als die Hälfte der Eichen weist starke Kronenverlichtungen auf. Das ist ein neuer Höchststand. Der Waldbericht der Bundesregierung benennt Ursachen.

Verantwortlich für den schlechten Zustand der Wälder sind die vom Menschen verursachten Luftverunreinigungen, vor allem Stickstoffverbindungen.

Diese stören durch einseitige Überdüngung und Säurebildung das Nährstoffgleichgewicht in Pflanzen und Böden. Waldbäume werden dadurch anfälliger gegenüber anderen Belastungsfaktoren wie etwa klimatische Einflüsse oder Schädlingsbefall. Darüber hinaus sind Stickstoffoxide aus Industrie und Verkehr Vorläuferstoffe für bodennahes Ozon, das zu direkten Blatt- oder Nadelschäden bei Waldbäumen und Wildpflanzen führt und ihre Vitalität mindert.

Quelle: sonnenseite.com 18.6.09

EU-Gipfel

Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten wollen mit Zugeständnissen an Irland den Lissabon-Reformvertrag erneut abstimmen lassen. Die EU will nicht in die irische Steuerpolitik eingreifen, die militärische Neutralität akzeptieren und das strikte Abtreibungsverbot anerkennen. Die Zugeständnisse sollen später dem EU-Recht als Protokoll hinzugefügt werden.

Die internationale Staatengemeinschaft will im Dezember in Kopenhagen ein neues Abkommen zur Senkung der schädlichen Treibhausgase beschließen. In den laufenden Verhandlungen tritt die Europäische Union als Einheit auf und muss sich deshalb bis spätestens Dezember auf eine gemeinsame Position einigen.

Die EU-Staaten einigten sich auf einen globalen Verteilungsschlüssel für die erwarteten Milliarden-Zahlungen für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Mit dieser Forderung wollen sie nun die internationalen Verhandlungen

fortsetzen. Die reichen Staaten sollen nach dem Willen der EU entsprechend ihrer Wirtschaftskraft und ihres Schadstoffausstoßes für die Gelder aufkommen.

Quelle: dpa 19.6.09

UN-Klimakonferenz

Die nächste Klimakonferenz soll im Dezember in Kopenhagen stattfinden. Dafür fand eine Vorbereitungskonferenz in Bonn statt. Das zu erarbeitende neue Klimaabkommen soll das auslaufende Kyoto-Protokoll ablösen. Bisher konnten sich die Staaten nicht auf Ziele für die Verringerung der Emissionen und die finanziellen Hilfen für Schwellenländer einigen. Die USA, die bisher das Kyoto-Abkommen nicht ratifizierten, haben jetzt einen Vorschlag vorgelegt, in dem sie die Minderung der CO₂-Emissionen bis 2050 auf 50% fordern.

Quelle: VDI-N, 19.6.09